



## Auszug aus dem substanziellen Protokoll

### 4. Ratssitzung vom 3. Juni 2026

168. 2025/340

**Motion von Moritz Bögli (AL) und Sophie Blaser (AL) vom 20.08.2025:  
Acht Wochen Ferien für Lernende in der beruflichen Grundausbildung, Änderung  
des Personalrechts**

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme der Motion ab, ist jedoch bereit, sie als Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

*Moritz Bögli (AL) begründet die Motion (vergleiche Beschluss-Nr. 4929/2025): Die duale Berufslehre ist ein zentraler Bestandteil des Schweizer Bildungssystems. Doch sie verliert kontinuierlich an Attraktivität. Immer weniger Jugendliche entscheiden sich für eine berufliche Grundausbildung in einem Lehrbetrieb. Ein zentraler Faktor scheinen die schlechteren Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen im Vergleich zum Gymnasium sowie den Fachmittelschulen zu sein. Dies verdeutlichte eine Umfrage der Gewerkschaft UNIA. Mehr als die Hälfte der befragten Lernenden leidet unter Stress und Erschöpfung. Jede Vierte bricht die Lehre ab. Zwei Drittel der Jugendlichen in einer Berufslehre nennen lange Arbeitszeiten und weniger Ferien als eine ihrer Top 3 Sorgen und bekunden Mühe, sich zu motivieren. Die Belastung im Lehrbetrieb nennen sie als Hauptgrund für psychische Probleme. Nicht nur ich finde, dass das momentane System nicht haltbar ist. Eine Petition, die von Gewerkschaften, Fachorganisationen und Dachverbänden wie Offene Kinder- und Jugendarbeit Schweiz (DOJ), Schweizerische Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände (SAJV) oder Dachverband Lehrerinnen und Lehrer Schweiz (LCH) lanciert wurde, forderte diese Änderung auf nationaler Ebene. Mehr als 176 000 Menschen unterzeichneten die Petition. Die Stadt Zürich ist schweizweit einer der grössten Lehrbetriebe. Wir tragen nicht nur eine fürsorgliche Pflicht gegenüber unseren 1400 Lernenden, sondern sollten unserer gesamtgesellschaftlichen Verantwortung nachgehen, indem wir mit gutem Beispiel vorangehen. Von bürgerlicher Seite wird man heute hören, wir würden einen unfairen Wettbewerb fördern. Private könnten nicht konkurrenzieren. Dabei handelt es sich um eine Falschbehauptung, um Gewinn zu schützen. Lernende sind aus einer rein finanziellen Perspektive grundsätzlich profitabel für Unternehmen – völlig losgelöst vom langfristigen Benefit. Das wäre mit drei zusätzlichen Ferienwochen weiterhin so. Es wäre ein wichtiger Schritt, der die Berufslehre nicht nur attraktiver machen, sondern auch die Gesundheit von Lernenden massiv verbessern würde. Gern zitiere ich Alt-Stadtrat Filippo Leutenegger, der im Jahr 2023 in einem Interview sagte:*



*«Schüler haben 13 Wochen Ferien, Lernende nur fünf Wochen, das ist ein grosser Unterschied. Mit einer moderaten Erhöhung von fünf auf acht Wochen können wir das Gefälle abfedern.» Umso erstaunlicher ist es, dass der Stadtrat die Motion nur als Postulat entgegennehmen will. Mit den über 60-Jährigen gibt es bereits Angestellte der Stadt, die mehr Ferien als Lernende haben. Nicht, dass ich diesen die zusätzlichen Ferien nicht gönne würde. Aber es wäre ein wichtiger Schritt, dass wir heute auch für jene städtischen Angestellten, die am vulnerabelsten sind, griffige Massnahmen ergreifen.*

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

**STR Daniel Leupi:** *Der Stadtrat nimmt die geäusserten Anliegen zum Wohl der Lernenden selbstverständlich ernst. Man kann ohne Übertreibung sagen, dass wir uns als Institution, die Lernende ausbildet, Mühe geben. Nicht zuletzt deshalb erhielt die Stadt Zürich im Jahr 2021 den nationalen Bildungspreis als vorbildliche Ausbilderin. Wenn es in der Begründung der Motion heisst, jeder Vierte breche die Lehre ab, mag das stimmen. Aber bei der Stadt Zürich ist das ganz sicher nicht der Fall. Wir stehen eindeutig besser da, weil wir die Betreuung der Lernenden sehr ernst nehmen. Die Belastung junger Menschen ist unbestritten, aber sie kommt nicht nur aus der Lehre. Andere Studien zeigen, dass die Belastungen multifaktoriell sind. An erster Stelle stehen andere Stressfaktoren. Denken wir nur an die Belastung rund um die Nutzung sozialer Medien. Zudem befinden sich die Lernenden in einem schwierigen Alter. Aber natürlich ist auch der Umstieg von der jugendlichen in die Arbeitswelt eine Herausforderung. Der Stadtrat prüft das Anliegen der Motion gern. Aber es gibt einerseits auf Bundesebene Bestrebungen, Vereinheitlichungen zu schaffen. Das spricht dafür, dass die Stadt Zürich zuerst abwartet. Andererseits möchten wir andere Faktoren prüfen, die dazu beitragen könnten, das Wohl der Jungen zu stärken. Wir befragen die Lernenden und Auszubildenden jedes Jahr. Sie geben uns Jahr für Jahr eine sehr gute Rückmeldung zur Ausbildung in der Stadt Zürich; insbesondere die Betreuungs- und Ausbildungsqualität werden sehr positiv beurteilt. Die Stadt unternahm letztes Jahr auch weitere Anstrengungen. Wir haben bspw. die Möglichkeit geschaffen, dass Dienstabteilungen nach dem Lehrabschluss noch mehr Junge anstellen können. Das reduziert den Stress, unmittelbar nach dem Lehrabschluss einen Job zu suchen. Auch das Laufbahnjahr, das 30 Jungen eine Anschlusslösung bietet, bis sie etwas ausserhalb der Stadtverwaltung finden, wird genutzt. Jedes Jahr findet der allergrösste Teil dieser Personen eine Anschlusslösung. Diese und weitere Faktoren liessen den Stadtrat zum Schluss kommen, dass er das Anliegen im Sinn eines Postulats vertieft prüfen möchte. Eine direkte Umsetzung mit acht Wochen Ferien für alle halten wir nicht für die Lösung. Wir glauben, dass man sich zu viel davon verspricht.*

Weitere Wortmeldungen:

**Sven Sobernheim (GLP):** *Ich bin einer der wenigen in diesem Raum, der einmal eine Lehre gemacht hat. Ich finde es deshalb immer wieder schön zu hören, was die Lernenden bewegt. Kürzlich startete der Stadtrat eine Vernehmlassung, in der er vorschlägt, den Lernenden sechs Wochen Ferien und zwei Betriebsferientage zu geben. Die GLP glaubt, dass das ein guter Vorschlag und Weg ist, um die Forderung real umzusetzen.*



*STR Daniel Leupi sagte bereits, dass es nicht statthaft ist, zu sagen, jede vierte Person breche die Lehre ab, wenn das auf die Stadt Zürich nicht zutrifft. Auch die Unterstützung bei Krankheit und psychischer Gesundheit ist in der Stadt Zürich deutlich anders als in gewissen Kleinbetrieben oder Verbänden, in denen Lernende unterwegs sind. Die Informationen zu den Lehrabbrüchen bei der Stadt Zürich wären verfügbar. Aber dann hätte die Motionsbegründung wohl nicht mehr so gut geklungen. Alt-Stadtrat Filippo Leutenegger wurde auch falsch zitiert. Er sagte: «Daneben sollte sich die Wirtschaft überlegen, ob die Lehre nicht durch mehr Ferien attraktiver gemacht würde. Wenn Lernende anstatt der bisherigen fünf Wochen in den Genuss von zehn Wochen Ferien kämen, könnte das für viele gute Schülerinnen und Schüler durchaus eine zusätzliche Motivation sein, um eine Lehre statt das Gymnasium zu absolvieren.» Er sprach also von der Wirtschaft und nicht vom Staat. Da ein Nein suggerieren würde, dass wir den Status quo bei den Ferien ausreichend fänden, sagen wir Ja zum Postulat im Sinn des angestossenen Prozesses des Stadtrats. Die Motion lehnen wir ab, weil sie nicht zur Situation in Zürich passt.*

**Catalina Gajardo Hofmann (Grüne):** *Auch ich habe eine Lehre gemacht. Ich erinnere mich gut, dass der Wechsel von der Schule in die Arbeitswelt ein grosser Schritt war. Ich arbeitete in der Landwirtschaft, was körperlich sehr anspruchsvoll ist. Ich hatte nur 1,5 Tage frei und fünf Wochen Ferien. Damals gab es zu wenige Lehrstellen und folglich einen Kampf um die guten. Mittlerweile haben wir Mühe, Lehrstellen zu besetzen. Viele Jugendliche, die eine Lehre machen, klagen über Stress und die Doppelbelastung mit der Arbeitswelt und Berufsschule. Fünf Wochen Ferien sind wenig und mitunter ein Grund, weshalb sich Viele eher für den gymnasialen Weg entscheiden. Ich bin ein Fan unseres dualen Bildungssystems und finde es toll, wenn Menschen eine Lehre machen. Es ist eine nicht zu unterschätzende Lebensschule. Acht Wochen Ferien wären eine gute Wertschätzung für den Beitrag, den Lernende für die Wirtschaft leisten. Da die Stadt Zürich die Wirtschaftsmacht hat, das durchzuführen, nehmen wir die Motion an.*

**Simon Hatt (FDP):** *Auch ich habe eine Berufslehre gemacht und darf jetzt in unserem Betrieb als Berufsbildner drei Lernende ausbilden und begleiten. Es ist speziell, dass ich in meinem ersten Votum dem grünen Stadtrat fast überall recht geben muss. Wir führen diese Diskussion aktuell auf Bundesebene. Es ist befremdlich, dass wir die Debatte in der Stadt Zürich gesondert führen müssen. Ferien sind im Obligationenrecht (OR) geregelt. Es gibt dort schon fünf Wochen im Vergleich zu vier Wochen für übrige Arbeitnehmende. In der Stadt Zürich haben sie zusätzlich sechs Ferientage. Das ist schon sehr viel. Ich fragte meine Lernenden, ob sie das Gefühl hätten, dass mehr Ferien eine Entlastung wären. Die Antwort war natürlich, dass sie gern mehr Ferien hätten. Aber das ist nicht so repräsentativ. Auf die Nachfrage, was wirklich wichtig sei, antworteten sie: das Arbeitsklima, die Betreuung und die Wertschätzung gegenüber den Lernenden. Das ist viel wichtiger und für den Stress relevanter. Der Aufwand für Berufsbildner und die Lernenden wurde durch die neue Bildungsverordnung sicher grösser. Deshalb glaube ich nicht, dass es weniger Stress ist, wenn man noch weniger im Betrieb ist. Um all die Praxisaufträge zu erfüllen, hilft es sicher, wenn man öfter anwesend ist. Moritz Bögli (AL) ist ein Prophet. Es handelt sich um eine Wettbewerbsverzerrung, wenn die Stadt Zürich mit kleinen und mittleren Unternehmen (KMU) in Konkurrenz tritt. Das Zitat von Alt-Stadtrat*



*Filippo Leutenegger wurde bereits relativiert. Auch wenn er das eine gute Idee findet, ist es in Ordnung. In der FDP darf man unterschiedliche Meinungen haben. Die FDP wird das Postulat ablehnen. Die mehr als sechs Wochen Ferien sind für uns ausreichend.*

**Pascal Lamprecht (SP):** *Die Stadt als riesige Lehrstellenanbieterin hat eine Verantwortung und Vorbildfunktion. Da sind wir uns einig. Dass für Lernende verschiedene Faktoren wichtig sind, ist hoffentlich auch Konsens. Es ist wichtig, dass man sich weiterentwickeln und in einem diskriminierungsfreien Umfeld lernen kann und es soll verhindert werden, dass man billige Arbeitskräfte ausbeutet. Ich bin ebenfalls Berufs- und Praxisbildner. Belastung und Überlastung sind riesige Themen. Es ist nicht nur eine Frage der Ferien. Es gibt verschiedene Gründe, weshalb es dazu kommt. Aber acht Wochen Ferien sind ein zentrales Element. Moritz Bögli (AL) sagte es: Die Lernenden sind nicht einfach ein Kostenfaktor, sondern geben sehr viel kurzfristigen Nettonutzen. Entscheidend ist aber der langfristige Mehrwert für uns als Gesellschaft und den Arbeitsmarkt. Wichtig ist, dass die Lehre nicht gegen das Gymnasium ausgespielt wird. Das wäre Gift für das duale Bildungssystem. Unterrichtsfreie Zeit bedeutet nicht lernfrei – es können auch Sprachaufenthalte sein. Wir merken bei unseren Lernenden, dass eine Woche schon extrem viel hilft. Die Jugendlichen sind unsere Zukunft. Deshalb sagt die SP Ja zur Motion. Wir möchten nicht, dass das bisherige System verwaltet wird. Die Motion lässt zu, dass weitere Massnahmen geprüft werden können. Man könnte bspw. im ersten Jahr acht Wochen, dann sieben und sechs Wochen Ferien machen.*

**Vera Çelik (SP):** *Ich bin eine ehemalige Lernende der Stadt Zürich, die vor knapp zwei Jahren die Lehre abschloss. Ich weiss nicht, was an acht Wochen Ferien so schwierig ist. Wir wollen kein Atom spalten. Der Stadtrat schrieb in seiner Antwort, er habe sich mit den verschiedensten Betrieben der Stadt in Verbindung gesetzt und Rückmeldungen erhalten. Wie wäre es gewesen, wenn er sich auch mit den Lernenden in dieser Stadt in Verbindung gesetzt hätte? Es ist unbestritten, dass die psychische Gesundheit von Jugendlichen von vielen Faktoren beeinflusst wird. Aber zu argumentieren, dass die Belastung in der Regel nicht in der Lehre liege, ignoriert die Wechselwirkung. Ein stressiges Arbeitsumfeld verstärkt private Belastungen. Ein gesundes Arbeitsumfeld und genug Erholung, wie z. B. mehr Ferien, fangen private Belastungen auf. Stolz verweist der Stadtrat auf die Lernendenbefragung 2025. Wenn die Stadt Zürich so vorbildlich aufgestellt ist, sollte sie die Chance nutzen, um diese Vorreiterrolle auszubauen anstatt Massnahmen für die psychische Gesundheit mit dem Hinweis abzutun, dass Jugendliche durch Social Media gestresst seien. Der Stadtrat verweist auch auf ein kostenloses psychologisches Beratungsangebot. Die Realität sieht etwas anders aus: Wenn ich während meiner dreijährigen Lehre – auch in Phasen, in denen ich es dringend gebraucht hätte – nie von diesem Angebot gehört habe, läuft bei der Kommunikation etwas falsch. Zudem lässt sich die harte Realität in gewissen Branchen wie dem Gesundheitswesen nicht durch eine Anlaufstelle weglächeln. Wenn 15- bis 18-Jährige im Schichtbetrieb eine Sechs-Tage-Woche arbeiten und unter konstantem Personalmangel leiden, hilft auch die beste Beratung nichts. In einem überlasteten System können Lernende nicht fehlen, um einen Beratungstermin wahrzunehmen. Der Druck im Betrieb bleibt derselbe. Die*



*Behauptung des Stadtrats, dass zusätzliche Ferien neuen Druck erzeugen könnten, verdreht die Tatsachen komplett. Klar geregelte Entlastungen wie die geforderten acht Wochen Ferien sind das absolute Minimum, damit sich Lernende – vor allem in den harten Berufen – physisch regenerieren und ohne chronische Übermüdung auf die Schule und überbetriebliche Kurse (üK) vorbereiten können. Der Stadtrat bezeichnete Schule und üK hingegen als Abwesenheiten. Das sind sie nicht. Es handelt sich um gesetzlich obligatorische Arbeitszeit. Eine Berufslehre zeichnet sich gerade dadurch aus, dass die theoretische und praktische Ausbildung Hand in Hand gehen. Am Schluss haben wir lieber drei Wochen mehr Ferien, als etliche Lernende, die sich wegen psychischer Krankheiten krankschreiben lassen müssen, die Lehre abbrechen oder aus dem Beruf aussteigen.*

**Karin Stepinski (Die Mitte):** *Der Die Mitte-Fraktion gefiel die sehr differenzierte Antwort des Stadtrats zur Forderung nach acht Wochen Ferien. Der Stadtrat hält fest, es sei ein berechtigtes Anliegen. Aber es ist halt auch ein Anliegen, das mit sehr komplexen Auswirkungen verbunden ist. STR Daniel Leupi und Simon Hatt (FDP) führten das sehr gut aus. Für die Die Mitte ist klar, dass es viele Faktoren gibt, die zum Wohlbefinden oder zur Zufriedenheit am Arbeitsplatz beitragen. Vera Çelik (SP) geht davon aus, dass wir mit diesem Vorstoss kein Atom spalten. Aber das tun wir. Ich bin in einem privat-gemeinnützigen Alterszentrum für Lernende verantwortlich. Die Spiesse würden dadurch sehr ungleich. Wir haben im Gesundheitswesen mit den Gesundheitszentren für das Alter (GFA) bereits massiv ungleichlange Spiesse. Diese werden uns bald die Grundlage unter den Füßen wegziehen. Wenn wir bei den Lernenden auch noch ausbauen, wird es immer schwieriger. Wir müssen schauen, dass wir im Gemeinderat auch an die privaten Unternehmen in der Stadt denken. Die Die Mitte sieht aber Handlungsbedarf. Wir stimmten im Nationalrat für einen moderaten Ausbau auf sechs Wochen Ferien. Die Jugendlichen in der Stadt Zürich haben bereits sechs Wochen. Viele andere im Land und in dieser Stadt haben noch weniger Ferien. Wir sind tatsächlich der Meinung, dass man etwas machen muss. Die Begründung der Stadtverwaltung leuchtet uns aber ein, so dass wir das Anliegen sehr gerne als Postulat unterstützen, aber sicher nicht als Motion.*

**Sven Sobernheim (GLP):** *Schade, ist die Rednerliste schon zu. Ich hätte noch eine Frage an die SP. Eine Motion ist ein verbindlicher Auftrag. Das heisst, wenn man die Motion, die acht Wochen Ferien fordert, unterstützt, ist der beschriebene Weg von acht, sieben, sechs, fünf Wochen keine zulässige Umsetzung der Motion. Ich habe den Verdacht, dass die SP versucht, sich die Motion schönzureden, weil sie sich nicht ablehnend dazu stellen möchte. Obwohl das der richtige Weg gewesen wäre. Wenn ich mir das zweite Votum der SP anhöre, bin ich mir nicht sicher, ob der geforderte Weg der SP acht, sieben, sechs, fünf oder mindestens acht oder noch besser 28 Wochen Ferien ist.*

**Michele Romagnolo (SVP):** *Acht Wochen Ferien klingt im ersten Moment sympathisch. Aber wenn man genau hinschaut, hat es weitreichende und problematische Folgen. Der gesetzliche Mindestanspruch an Ferien liegt heute bei fünf Wochen. Mit einer Erhöhung auf acht Wochen würde der Ferienanteil von rund 9,6 Prozent auf 15,4 Prozent der Jahresarbeitszeit steigen. Das ist keine kleine Anpassung, sondern ein massiver Eingriff in die Strukturen der Ausbildung. Die drei Wochen fehlen im Betrieb. Genau dort findet der*



zentrale Teil unserer dualen Berufsbildung statt. Lernende sind nicht nur Schülerinnen und Schüler. Sie sind Teil des Teams, übernehmen Verantwortung, lernen Abläufe, Arbeitsdisziplin und Kundenkontakt kennen. Das kann man nicht im Schulzimmer lernen. Wenn Lernende pro Jahr drei Wochen weniger im Betrieb sind, entsteht ein realer Präsenz- und Leistungsverlust von rund 6 Prozent. Um das auszugleichen, braucht es rechnerisch pro 100 Lernende sechs zusätzliche Lehrstellen. Das bedeutet höhere Lohnkosten, mehr Betreuungsaufwand und Administration. Für die Stadt als Arbeitgeberin entstehen spürbare Mehrkosten, ohne dass ein qualitativer Mehrwert belegt ist. Wir müssen uns auch grundsätzlich fragen, welches Signal wir senden. Das duale Bildungssystem ist international anerkannt. Wenn wir den betrieblichen Anteil weiter reduzieren, verschieben wir das Gleichgewicht in Richtung mehr Abwesenheit vom Arbeitsplatz. Die Integration in die Arbeitswelt lernt man nicht mit mehr Ferien. Man lernt sie durch Präsenz, Mitverantwortung und das tägliche Erleben des Arbeitsalltags – auch wenn es manchmal anspruchsvoll ist. Genau diese Erfahrung befähigt junge Menschen dazu, später im Berufsleben zu bestehen. Wenn die Arbeitszeit immer mehr reduziert wird, man später anfängt zu arbeiten und gleichzeitig mehr Ferien erhält, stellt sich die Frage, wie junge Leute überhaupt noch lernen sollen, was Arbeit wirklich heisst. Früh aufstehen, Pflichten und Verantwortung übernehmen sind Grundvoraussetzungen, die man nicht durch mehr Ferien ersetzen kann. Sogar der Bundesrat lehnt das ab: «Es gibt politische Bestrebungen, die Ferien für Lernende generell auf bis zu acht Wochen zu erhöhen, was jedoch vom Bundesrat aktuell abgelehnt wird, da er fünf Wochen für ausreichend hält.» Zusätzlich stellt sich die Frage nach der Gleichberechtigung. Wenn im öffentlichen Dienst Sonderregelungen eingeführt werden, entsteht Druck auf private Unternehmungen, um mitzuziehen. Für viele kleine und mittlere Unternehmen (KMU) wäre das schwer tragbar. Das könnte negative Folgen für die Wirtschaft haben. Diese Motion erhöht die Kosten, reduziert die praktische Ausbildungszeit und schwächt ein bewährtes System.

**Christian Huser (FDP):** Auch ich bestritt mit Erfolg den dualen Bildungsweg. Ich lernte nicht nur einen, sondern gleich zwei Jobs. Es geht nicht, dass wir die Situation von Lernenden in der Stadt Zürich so schlechtreden. Das Anliegen der Motion ist nachvollziehbar. Niemand bestreitet, dass die Lernenden heute gefordert sind und ihre psychische Gesundheit ernstgenommen werden muss. Aber die Forderung nach acht Wochen Ferien löst die genannten Probleme wirklich nicht. Die Motion vermischt Ursache und Wirkung. Wenn Lernende unter Stress leiden, liegt es oft an schulischen Anforderungen, Prüfungsdruck, persönlichen Herausforderungen oder einzelnen problematischen Lernsituationen und nicht primär daran, dass sie zu wenig Ferien hätten. Bereits heute profitieren die Lernenden der Stadt Zürich von attraktiven Anstellungsbedingungen. Eine Erhöhung auf acht Wochen Ferien würde die grundlegenden Herausforderungen der Berufsbildung sicher nicht lösen. Die Berufslehre zeichnet sich gerade dadurch aus, dass junge Menschen schrittweise an die Arbeitswelt herangeführt werden. Dazu gehören Rechte und Pflichten. Wer die Attraktivität der Lehre stärken will, sollte in die Qualität der Ausbildung, die Betreuung der Lernenden und die Förderung ihrer Entwicklung investieren und nicht einfach die Anzahl Ferientage erhöhen. Die Stadt Zürich ist ein vorbildlicher Ausbildungsbetrieb. Vorbildlich bedeutet jedoch nicht, jede Forderung zu übernehmen, sondern Massnahmen zu ergreifen, die Wirkung zeigen. Vera Çelik (SP) sagte,



*die Lernenden müssten sechs Tage pro Woche oder Schicht arbeiten. Mich nimmt Wunder, wo das so ist. Das habe ich schon lange nicht mehr gehört.*

**Moritz Bögli (AL)** *ist nicht einverstanden, die Motion in ein Postulat umzuwandeln: In einem Punkt muss ich meinem Vorredner rechtgeben. Eine Lehre ist ein schrittweiser Übertritt ins Arbeitsleben. Aber im Moment findet beim Übertritt von der Volksschule in die Lehre kein schrittweiser Übergang bezüglich Ferien statt. Anstatt 13 Wochen Ferien hat man fünf Wochen. Es ist nicht haltbar zu sagen, die Lernenden könnten weniger lernen, wenn sie mehr Ferien hätten. Es gibt wissenschaftlich belegte Gründe, weshalb man im Schulsystem Ferien anbietet. Durch die Erholung und die Ferien ist man lern- und aufnahmefähiger. Gerade bei Jugendlichen zeigt sich das sehr stark. Es ist deshalb gerade aus einer Bildungsperspektive absolut sinnvoll, mehr Erholung zu bieten. Es wurde viel über die privaten Lernenden gesprochen. Diese sind von der Motion nicht direkt betroffen. Trotzdem ist es wichtig, dass die Stadt Zürich eine Vorreiterrolle einnimmt. STR Daniel Leupi hat recht, dass die Situation in der Stadt Zürich bereits markant besser als im Schweizer Durchschnitt ist. Aber gerade deswegen ist es umso wichtiger, dass wir weiterhin als Vorbild vorangehen und Verantwortung wahrnehmen. Es hat eine Ausstrahlung über die Stadt als Arbeitgeberin hinaus. Einerseits zu den Betrieben in der Stadt Zürich, andererseits zu den umliegenden Gemeinden. Am Anfang hörten wir viel von den armen KMU. Es ist auch heute so, dass ein Grossteil der Lernenden nicht in Betrieben mit drei oder vier Angestellten ausgebildet wird. Sie werden in mittleren und Grossunternehmen ausgebildet. Das Argument, dass es finanziell nicht tragbar oder betrieblich schwierig wäre, kann ich deshalb nicht gelten lassen. Es ist grundsätzlich ein gutes Zeichen an die Lernenden, dass der Gemeinderat deutlich sagt, dass es ein Problem gibt, das wir anschauen müssen. Wir werden an der Motion festhalten.*

**STR Daniel Leupi:** *Die Diskussion darüber, ob Lernende profitabel sind oder nicht, interessiert mich nicht. Junge auszubilden, ist eine Verpflichtung ihnen und der Gesellschaft gegenüber. Die Profitabilitätsfrage stellt sich nicht. Da ich damit rechnen muss, dass die Motion überwiesen wird, möchte ich noch zwei Bemerkungen machen. Wenn sie nicht überwiesen würde, wäre die Antwort des Stadtrats keine Nullnummer. Wir prüfen tatsächlich eine Verbesserung, aber nicht zwingend überall acht Wochen. Wäre die Motion diesbezüglich flexibler formuliert, hätte ich mir eine Entgegennahme vorstellen können. Umgekehrt wurde gesagt, eine Motion müsse man eins zu eins umsetzen. Ich habe schon ein paar Situationen erlebt, bei denen das nicht so war. Insofern sage ich klar, dass sich der Stadtrat vorbehält, einen etwas differenzierteren Vorschlag zu machen. Wir werden das detailliert anschauen und auch den Austausch mit Privaten suchen, die heute schon mehr Ferien haben. Die Firma Planzer bietet bspw. acht, sieben, sechs an.*

Die Motion wird mit 58 gegen 55 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat



8 / 8

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat